



## Nach der Wolkensäule | 8

Der israelische Friedensaktivist Uri Avnery über den Gaza-Konflikt



## Bücher zum Verschenken

Rund 350 Titel auf 24 Beilagenseiten: Bücher für Jung und Alt, Kalender, CDs ...



das wochennd

Freie Radios als Stimmen der Basis

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 24./25. November 2012 67. Jahrgang/Nr. 275 • Berlinausgabe 1,80 €

## Fragile Waffenruhe um Gaza

Bericht über von Israel getöteten Palästinenser

**Gaza/Tel Aviv** (Agenturen/nd). Erstmals seit Beginn der Waffenruhe hat es im Gaza-Streifen an der Grenze zu Israel am Freitag wieder einen tödlichen Vorfall gegeben. Nach palästinensischen Angaben wurde ein Mann von israelischen Grenzsoldaten erschossen, 19 weitere Palästinenser wurden verletzt. Palästinensische Rettungsdiensten zufolge eröffneten Grenzsoldaten das Feuer auf eine Gruppe von Bauern, die sich nach Angaben von Augenzeugen Feldern in von Israel als verboten deklarierten Zonen nähern wollten. Ein Sprecher der Hamas bezeichnete den Vorfall als »erste israelische Verletzung der Waffenruhe«, die mit Ägypten besprochen werde. Kairo hatte bei der Feuerpause vermittelt.

Eine israelische Militärsprecherin bestätigte den Tod des Palästinensers nicht, sprach aber von »Unruhen« an der Grenze. Die Soldaten seien gezwungen gewesen, Warnschüsse abzufeuern, weil sich rund 300 Palästinenser der Sicherheitsabspernung genähert hätten. Trotz der Warnschüsse seien sie weiter vorgezogen, und die Soldaten hätten schließlich auf die Beine der Palästinenser geschossen.

Derweil befürchtet Russland eine Eskalation und hat zur möglichen Rettung von Landsleuten Kriegsschiffe ins östliche Mittelmeer entsandt. Der Raketenkreuzer »Moskwa« sowie mehrere Patrouillen- und Landungsboote sollten sich vor der Küste des Gaza-Streifens bereit halten, hieß es.

## Unten links

Die Welt ist wieder mal um eine Insel ärmer: Sandy Island, auf geografischen Karten bislang zwischen Australien und Neukaledonien gelegen, existiert nicht. Davon überzeugte sich ein Forscherteam der Universität Sydney vor Ort. Da der Ozean an der bezeichneten Stelle rund 1400 Meter tief ist, wird ausgeschlossen, dass es Sandy Island überhaupt jemals gegeben hat. Wann und von wem die Phantomsinsel zuvor »entdeckt« und kartografiert wurde, ist noch ungeklärt. Nicht ausgeschlossen ist, dass ein Fahrensmann sie vor ungewisser Zeit auf einem Törn im Pazifik gesichtet hat, als der Rum an Bord zur Neige ging. Ähnliche Fälle sind zu Dutzenden bekannt. Dennoch hat die neue Meldung überrascht, auch weitere Zweifel genährt. Bundeskanzlerin Merkel erfuhr davon kurz vor ihrer Abreise zum EU-Gipfel nach Brüssel. Sie beauftragte ihren Außenminister, mal nachsehen zu lassen, ob es diese britischen Inseln überhaupt gibt, für die ein Herr Cameron ständig Rabatt haben will. jrs

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK  
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



## Chancen geben

Start der nd-Spendenaktion für Projekte in Vietnam, Mosambik und Südafrika



Aufklärung über Aids: Südafrikanische Schüler und Schülerinnen folgen gebannt einem Film über das Leben von HIV-Infizierten. Foto: STEPS

**Berlin** (nd). Es geht auch anders. Während die Bundesregierung trotz sprudelnder Steuereinnahmen die Entwicklungshilfe zurückfährt und sich so aus ihrer internationalen Verantwortung stiehlt, startet das »nd« gemeinsam mit SODI, INKOTA und Weltfriedensdienst die nunmehr elfte Auflage der Spendenaktion. Die diesjährige Solidaritätsaktion »Chancen geben« soll Menschen in Mosambik, Vietnam und Südafrika helfen, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Wer keine

Bildung und kein Einkommen hat, dem bleibt die Teilhabe an Gesellschaft weitgehend verwehrt. Die von der diesjährigen Solidaritätsaktion unterstützten Projekte in Mosambik, Vietnam und Südafrika stärken die dortige Bevölkerung dabei, ihre Chancen einzufordern und wahrzunehmen. Solidarität ist machbar, Herr Niebel und Frau Merkel! Es ist eine Frage der Prioritäten: Menschen oder Finanzmärkte.

Seiten 2 und 3

## EU-Sondergipfel geplatzt

Haushaltsverhandlungen ohne Ergebnis beendet

Von Katja Herzberg

**Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder konnten sich nicht auf ein EU-Budget für die Jahre 2014 bis 2020 einigen und brachen die Verhandlungen am Freitagnachmittag ergebnislos ab.**

Statt harte Bandagen anzulegen, ging Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Beginn des Haushaltsgipfels in Brüssel auf Kuschelkurs. Die Fronten zwischen den sogenannten Nettozahlern und Nehmerländern waren klar, die Stimmung aufgeheizt. Neben Großbritannien drohten weitere der insgesamt zehn Länder, die mehr in den Haushalt der EU einzahlen, als sie in Form von Förderungen zurückbekommen, die Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 zu blockieren. Doch Merkels Besänftigungen und Vermittlungsversuche haben nicht gefruchtet. Nach zweitägigen Ge-

sprächen wurde das Treffen der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten am Freitagnachmittag für beendet erklärt.

Für Verwunderung sorgte bereits die Vertagung der Gespräche am Donnerstagabend nach nur anderthalb Stunden. Auch ein zum Gipfel vorgelegter neuer Kompromissvorschlag von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy zum Papier der EU-Kommission brachte offenbar keinen Fortschritt. Die Kommission will die EU-Haushaltsmittel für die nächsten sieben Jahre leicht auf die Gesamtsumme von 1091 Milliarden Euro aufstocken. Van Rompuy schlug 80 Milliarden Euro weniger vor, wie bereits einmal im Laufe der Woche. Die Kürzungen sollten nun lediglich anders auf die verschiedenen Politikfelder verteilt werden. Weniger gestrichen werden sollte bei den Kohäsionsfonds für die armen Regionen Europas

und bei der Agrarpolitik, mehr dafür bei den Budgets für Wachstum und große Infrastrukturprojekte.

Mehrere Staaten, darunter Deutschland, haben weitergehende Kürzungen des Kommissionsvorschlags gefordert, Großbritannien verlangte im Vorfeld des EU-Gipfels die größte Reduzierung um rund 200 Milliarden Euro. Die britische Regierung lehnte denn auch Van Rompuy's neuen Vorschlag als ungenügend ab. »Wir brauchen unvermeidliche Kürzungen«, forderte Premierminister David Cameron.

Noch bevor die Verhandlungen am Freitag wieder aufgenommen wurden, brachte Merkel die Möglichkeit ins Spiel, den Gipfel ohne Einigung zu beenden und einen Kompromiss, dem alle Regierungschefs zustimmen müssten, auf die nächsten Wochen zu verschieben. Dies sei »nicht dramatisch«. Gelingt in den kommen-

den Monaten kein Abschluss, steht am Ende jedoch eine Notlösung: Dann gelten die für 2013 gültigen Höchstgrenzen plus Inflationsausgleich weiter, langfristige Planungen würden extrem erschwert.

Doch selbst wenn demnächst im Rat eine Einigung erzielt werden sollte, wäre das Budget noch nicht beschlossene Sache. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz warnte, dass ein Kompromiss, der unterhalb von 1010 Milliarden Euro liegen würde, im EU-Parlament keine Chance hätte. Er kritisierte die Haltung der EU-Staaten bei den Verhandlungen und insbesondere die einzige Entscheidung, die der Rat fällte, nämlich die Berufung des Luxemburgers Yves Mersch ins Direktorium der Europäischen Zentralbank. Die Personalie hatte monatelang für Streit gesorgt, weil das Europaparlament eine Frau auf dem Posten gefordert hatte.

Kommentar Seite 4

## Kolumne

### Willy und Peer

Von Tom Strohschneider

Die SPD brauche sich für ihre Geschichte nicht zu schämen, hat Sigmar Gabriel Anfang der Woche mit Blick auf nunmehr 150 Jahre Sozialdemokratie gesagt. Wer wollte der ältesten Partei Deutschlands schon Verdienste bestreiten? Solange dabei auch ihre Fehler ehrlich und mit Aussicht auf selbstkritische Konsequenz auf den Tisch kommen. Doch wer wie Gabriel behauptet, als einzige Partei bei den zentralen Entscheidungen in der jüngeren deutschen Geschichte stets den richtigen Weg gewählt zu haben, leidet entweder an politischer Amnesie oder biegt sich die Wirklichkeit zu Wahlkampfzwecken zurecht.

Dazu muss ihr Vorsitzender nicht einmal lügen. Gabriel hat zu Ehren sozialdemokratischer Traditionen erklärt: »Ohne die SPD sähe Deutschland heute anders aus.« Wie wahr! Ausgehöhlte Rente und Sanktionen im Jobcenter, steuerliche Schonung von Vermögen wie Profiten und Entfesselung der Finanzmärkte – die SPD hat ihren Anteil daran. Heute verkauft die Partei ein paar Korrekturen ihrer früheren Politik als Beitrag zu gesellschaftlicher Gerechtigkeit, obwohl man an ihr oft nur eines erkennen kann: Selbstgerechtigkeit.

Das gilt vor allem für ihren derzeitigen Kanzlerkandidaten. Wenn sich Sozialdemokraten laut Gabriel schon nicht für die von der SPD gegen Mehrheitsinteressen ins Werk gesetzten Reformen schämen sollen – Peer Steinbrück gibt ihnen nun ein ums andere mal dazu Anlass. Zuletzt machte der Hamburger auch noch mit einem Internetberater Schlagzeilen, den ein früherer SPD-Vorsitzender eine »Heuschrecke« genannt hätte.

Nein, das ist nicht bloß eine Frage der »Performance« oder einer Presse, die sich mehr und mehr für solche Peinlichkeiten interessiert als für die eigentliche Politik der Sozialdemokraten. Denn im Wahlkampf ist der Spitzenkandidat die Verkörperung der Politik



Tom Strohschneider ist Chefredakteur des »neuen deutschland«.

nd-Foto: Camay Sungu

einer Partei. Wie lange kann sich eine SPD Steinbrück noch leisten, wenn sie zugleich mit Aussicht auf Erfolg für sich beanspruchen will, Kraft wirklicher Veränderung zu sein?

Gabriels Rede zur 150-jährigen Geschichte der Sozialdemokratie wurde am Montag auf den Tag genau 40 Jahre nach dem Wahlsieg Willy Brandts 1972 gehalten. Man muss den großen alten Mann nicht aus der Verantwortung für Fehler entlassen oder die ganz anderen Voraussetzungen übersehen, die damals bestanden. Und doch wird im Unterschied zwischen Brandt und Steinbrück das ganze Dilemma der Sozialdemokratie deutlich.

Es war nicht nur die Ostpolitik, die den Wahlkampf 1972 zum erfolgreichsten für die SPD machten. (Apropos: Was wäre heute das »Sozialdemokratische« an ihrer Außenpolitik?) Und dass Brandt seinerzeit fast das Doppelte an Stimmen holte, die Steinbrück im kommenden Herbst erwarten kann, hat auch nicht in erster Linie damit zu tun, dass der eine bei Frauen furchtbar beliebt war und der andere bei ihnen auf große Skepsis stößt. Brandt hat sich noch zum demokratischen Sozialismus bekannt und im Neuwahlkampf nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen den Einfluss des großen Geldes auf die Entscheidungen der *res publica*, der öffentlichen Angelegenheiten also, Front gemacht.

Peer Steinbrück dagegen trotz sich durchs bislang letzte Fettnäpfchen mit den Worten, ob sein inzwischen wieder abgetretener Internetberater »mal bei einem Hedgefonds tätig gewesen ist oder bei den St.-Pauli-Nachrichten geschrieben hat, ist für mich nicht entscheidend«. Es gibt viele Gründe, sich eine SPD zu wünschen, der das nicht länger egal ist.